

Joachim Perels

Zur politischen Verfassung des Sozialismus

Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbare und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten »Zentralkomitees«.

Rosa Luxemburg

Vorbemerkung

Der Begriff des Sozialismus ist innerhalb der Linken kontrovers. Die KP-orientierte Position identifiziert die Verhältnisse in den »sozialistischen Ländern« Osteuropas mit dem von Marx intendierten Sozialismus: Verstaatlichung der Produktionsmittel, gesamtwirtschaftliche Planung und die führende Rolle der Partei gelten als Inbegriff des Sozialismus. Gegenüber diesen Bestimmungen gerät das zentrale Marxsche Ziel, die Aufhebung des Lohnarbeitsverhältnisses und die daraus folgenden Veränderungen in der politischen Verfassung aus dem Blickfeld. Mit dem nachstehenden Aufsatz soll versucht werden, den Rahmen für eine an der Marxschen Emanzipationsdimension orientierte Analyse des ost-europäischen Sozialismus abzustecken. Der Aufsatz versteht sich als die gleichsam andere Seite der auf den Kapitalismus bezogenen marxistischen Staatstheorie.

I. Zur Theorie von Marx und Engels

Die Konstituierung des Sozialismus folgte für Marx und Engels nicht aus einem abstrakten Postulat, das – wie bei den utopischen Sozialisten – als Modell abseits vom Geschichtsprozeß konstruiert wurde. Vielmehr trieb die Analyse des Kapitalismus seine Verfallsbedingungen hervor, aus denen »mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses«¹ die sozialistische Produktionsweise entstehen sollte. Sie erscheint als bestimmte Negation des Kapitalismus und seiner politischen Verfassung.

In seiner frühen Schrift »Zur Judenfrage«, in der Marx die in den bürgerlichen Interessenhorizont festgebannte Französische Revolution analysierte und die bloß *politische* Emanzipation des Dritten Standes gegen die *menschliche* Emanzipation kontrastierte,² ist in nuce die im Sozialismus avisierte, qualitative Ver-

¹ K. Marx, *Das Kapital I*, Berlin 1961 (= MEW 23), S. 791. Das in dieser Formulierung eingekapselte Problem der Beziehung von objektivem und subjektivem Faktor fällt aus dem Rahmen unserer Erörterungen heraus. Zu der in der Marxschen Theorie explizit nicht aufgelösten Problematik des Verhältnisses des hegelianischen Geschichtsobjektivismus und der freien Tat des Proletariats vgl. etwa K. Korsch, Karl Marx, Frankfurt/Wien 1967, S. 136 f.

² K. Marx, *Zur Judenfrage*, in: Frühe Schriften, ed. Lieber, Stuttgart 1962, S. 469.

»Die politische Revolution löst das bürgerliche Leben in seine Bestandteile auf, ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren und der Kritik zu unterwerfen. Sie verhält sich zur bürgerlichen Gesellschaft, zur Welt der Bedürfnisse, der Arbeit, der Privatinteressen, als zur Grundlage ihres Bestehens, als zu einer nicht weiter begründeten Voraussetzung, daher als zu ihrer Naturbasis.« Ebenda, S. 478.

änderung der Kommunikationsbeziehungen der Individuen und die hieraus abgeleitete tendenzielle Aufhebung der politischen Gewalt bezeichnet: »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«³

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind das reale Reversbild der von Marx antizipierten »menschlichen Emanzipation«. In ihnen sind die »forces propres« der Menschen nicht bewußt als gesellschaftlich organisiert, sondern zu isoliert privaten dissoziiert. Diese Zerrissenheit gründet in der Warenform der Produktion, die den gesellschaftlichen, kooperativen Charakter der Arbeit nicht in ihr selbst, sondern erst nachträglich im Tausch der Arbeitsprodukte erscheinen läßt.⁴ Der »Fetischcharakter der Ware«, der »den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt«⁵, kann nur entstehen, weil die Privatarbeiten unabhängig voneinander betrieben werden, das heißt sich nur im naturwüchsigen Tausch der Arbeitsprodukte aufeinander beziehen. »Den [...] [Produzenten] erscheinen [...] die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.«⁶ Die auf diese Weise dissoziierten Individuen stehen unter der Kontrolle ihrer Produkte, statt sie zu kontrollieren.⁷ Die Zerreißung von Allgemeinem und Besonderem, d. h. die Annektierung des Besonderen, der individuellen Arbeit, durchs abstrakt Allgemeine, der Herrschaft des Tauschwerts über den Gebrauchswert,^{7a} kristallisiert sich im antagonistischen Verhältnis der kapitalistischen Produktion, im Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit. Dem Kapital, dessen Selbstverwertung der Zweck der Warenproduktion ist, gehören die Produktionsmittel; die Lohnarbeit, Bedingung der Existenz des Kapitals, ist von den Produktionsmitteln getrennt: die unmittelbaren Produzenten besitzen nur ihre Arbeitskraft, die sie, um leben zu können, ans Kapital veräußern. Die unmittelbaren Produzenten werden zu entfremdeten Momenten des ihrer Verfügung entzogenen Produktionsapparates, »ebenso Zubehör des Kapitals als das tote Arbeitsinstrument«⁸. »Einerseits verwandelt der Produktionsprozeß fortwährend den stofflichen Reichtum in Kapital, in Verwertungs- und Genußmittel für den Kapitalisten. Andererseits

³ Ebenda, S. 479. Hervorhebungen von Marx.

⁴ K. Marx, Das Kapital I, a. a. O., S. 87. Vgl. auch zum folgenden, H. J. Krahl, Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse, neue kritik, 55/56 (1970), S. 18 ff.

⁵ K. Marx, Das Kapital I, a. a. O., S. 86.

⁶ Ebenda, S. 87.

⁷ Ebenda, S. 89.

^{7a} Der Gebrauchswert, der als konkreter Gegenstand »ein besonderes Bedürfnis befriedigt« (ebenda, S. 56), wird in der Warenproduktion, deren immanentes Gesetz die Produktion für den Tausch ist, zum Anhängsel des Tauschwerts: »Im Wertausdruck der Leinwand besteht die Nützlichkeit der Schneiderei nicht darin, daß sie Kleider, also auch Leute, sondern daß sie einen Körper macht, dem man es ansieht, daß er Wert ist« (ebenda, S. 72); »die konkrete Arbeit [wird] zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit.« Ebenda, S. 73.

⁸ Ebenda, S. 598.

kommt der Arbeiter beständig aus diesem Prozeß heraus, wie er in ihn eintrat - persönliche Quelle des Reichtums, aber entblößt von allen Mitteln, diesen Reichtum für sich zu verwirklichen. Da er vor seinem Eintritt in den Prozeß seine eigene Arbeit ihm selbst entfremdet, dem Kapitalisten angeeignet und dem Kapital einverleibt hat, vergegenständlicht sie sich während des Prozesses beständig im fremden Produkt. Da der Produktionsprozeß zugleich Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten, verwandelt sich das Produkt des Arbeiters nicht nur fortwährend in Ware, sondern in Kapital, Wert, der die wertschöpfende Kraft aussaugt, Lebensmittel, die Personen kaufen, Produktionsmittel, die den Produzenten anwenden. Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte, abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter.⁹

Die Aufhebung des Kapitalverhältnisses, in dem die Arbeiter, Objekt eines antagonistischen Verhältnisses, von ihren »eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln« getrennt sind, geschieht durch die Expropriation der Expropriateure,¹⁰ die Ersetzung des Kapitals durch die assoziierten Produzenten, die »mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben«¹¹.

Der Fetischcharakter der Warenproduktion, der die Individuen zu Anhängseln der Zwangsgesetze des Tauschverkehrs degradiert, wäre überwunden in einer planmäßig auf die Bedürfnisse der Menschen gerichteten Produktionsweise, in der der »Mensch sein[e] «forces propres» als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat¹², »die assoziierten Produzenten [...] ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden«¹³.

Mit der Aufhebung der antagonistischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse verändert sich die politische Verfassung, weil »der Mensch [...] die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in Gestalt der politischen Kraft«¹⁴ von sich zu trennen genötigt ist. War der Staat die Gestalt des vorgeblich klassenjenseitigen, »illusorische[n] Allgemeininteresses«¹⁵, »die Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁶, »die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußereren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter als auch einzelner Kapitalisten«¹⁷, so verschwindet der Staat im Kommunismus als der Gesellschaftsformation, die nicht mehr von antagonistischen Interessen zerrissen ist, die durch eine öffentliche Gewalt gezähmt werden müßten. »Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d. h.

⁹ Ebenda, S. 595 f.

¹⁰ Ebenda, S. 791.

¹¹ Ebenda, S. 92.

¹² K. Marx, Zur Judenfrage, a. a. O., S. 479.

¹³ K. Marx, Das Kapital III, Berlin 1964 (= MEW 25), S. 828.

¹⁴ K. Marx, Zur Judenfrage, a. a. O., S. 479.

¹⁵ K. Marx / F. Engels, Die deutsche Ideologie, Berlin 1960, S. 63.

¹⁶ K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 29 f.

¹⁷ F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Frankfurt/M. 1946, S. 40. Eine materialistische Analyse des Verhältnisses von Basis (kapitalistische Produktionsverhältnisse) und Überbau (Staat, Recht, Ideologie) kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.

eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußersten Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit) [...] Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig macht [...] Der Staat wird nicht abgeschafft, *er stirbt ab.*«¹⁸ »Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzenen Axt.«¹⁹

Das Aufgehen der Staatsgewalt in der freien Assoziation der Produzenten ist allerdings an die Überwindung des in der »ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft« fortwirkenden »engen bürgerlichen Rechtshorizonts«²⁰ und an die höchste Entfaltung der Produktivkräfte gebunden. In der »ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft«, die noch »mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist«, besteht das »gleiche Recht« mit seiner »bürgerlichen Schranke« fort: obgleich das Privateigentum in genossenschaftliches übergegangen ist, regelt sich die Verteilung der individuellen Konsumtionsmittel nach gleichem Recht, proportional zu den Arbeitslieferungen der Produzenten. »Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit seinem Inhalt nach, wie alles Recht.«²¹ Das Überschreiten des bürgerlichen Verteilungssystems ist erst möglich, »nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen; erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«²². Weitere Voraussetzung für das Aufgehen der politischen Gewalt in der Selbstbestimmung der assoziierten Individuen ist die Internationalisierung des Kommunismus, der »empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker auf einmal und gleichzeitig möglich [ist], was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihr zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.«²³

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht die öffentliche Gewalt in veränderter Funktion fort. Sie wird zum Instrument des Proletariats, das der Bourgeoisie die Produktionsmittel entzieht und sie seiner Verfügungsgewalt unterwirft. Die »revolutionäre Diktatur des Proletariats«²⁴, die Marx und Engels mit der »Erkämpfung der Demokratie«²⁵ gleichsetzen, weil

¹⁸ Ebenda, S. 42. Hervorhebung von Engels.

¹⁹ F. Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, Stuttgart 1943, S. 96.

²⁰ K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, in: *Politische Schriften II*, ed. Lieber, Stuttgart 1960, S. 1024.

²¹ Ebenda, S. 1022 ff.

²² Ebenda, S. 1024.

²³ K. Marx / F. Engels, *Die deutsche Ideologie*, a. a. O., S. 32.

²⁴ K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, a. a. O., S. 1034.

²⁵ K. Marx / F. Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Berlin 1946, S. 23.

die »proletarische Bewegung [...] die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl [ist]«²⁶, ist die politische Form für die Aufhebung des Kapitalverhältnisses.

In der Pariser Kommune nahm die Diktatur des Proletariats Gestalt an. Die zur politischen Herrschaft gekommene Arbeiterklasse konnte »nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen«²⁷. Denn die alte Staatsmaschine, »Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit«²⁸, war für die spezifischen Formen bürgerlicher Herrschaft (Gewaltenteilung, Repräsentativsystem und Parlamentarismus) konstruiert. »Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen.«²⁹ »Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar [...] Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zur gleichen Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche, jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn verrichtet werden [...] Wie alle übrigen öffentlichen Diener sollten sie [die richterlichen Beamten] fernerhin gewählt und jederzeit absetzbar sein.«³⁰ War die öffentliche Gewalt aus ihrer bürgerlichen Form und Scheinselbständigkeit gerissen, konnte daran gegangen werden, die gesellschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie, der Charaktermasken des Kapitals, zu brechen – durch die »Enteignung der Enteigner«.³¹ Die Kommune, »Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, [war] die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte«³².

II. Exemplarische Verfassungsprobleme der frühen Sowjetunion

Zwischen 1917 und 1921 wurden von den Bolschewiki die zentralen Fragen der politischen Verfassung des Sozialismus theoretisch erörtert und praktisch in einer Weise gelöst, die in der späteren Struktur der osteuropäischen Länder zum sozialistischen Richtmaß erhoben wird.³³ Für eine Analyse dieser Länder, die sich vom emanzipativen Gehalt der Marxschen Theorie und den rätesozialistischen Ansätzen der Oktoberrevolution leiten läßt, erscheint die Vergegenwärti-

²⁶ Ebenda, S. 15.

²⁷ K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Politische Schriften II, ed. Lieber, Stuttgart 1960, S. 919.

²⁸ Ebenda, S. 921.

²⁹ Ebenda, S. 924 f.

³⁰ Ebenda, S. 922 ff.

³¹ Ebenda, S. 927.

³² Ebenda, S. 927.

³³ Vgl. etwa die Anmerkungen des Dietz-Verlages Berlin (Ost) zu Lenins Ausgewählten Werken (1972), in denen von Lenin abweichende Positionen innerhalb der Bolschewiki a priori zu »parteifeindlichen« erklärt werden (z. B. Bd. III, S. 934) – unabhängig auch von Lenins eigenem Verhalten: Schlapnikow, Vertreter der dissentierenden »Arbeiteropposition« wurde z. B. auf Lenins Vorschlag nach der Auseinandersetzung auf dem X. Parteitag von 1921 (im einzelnen hierzu unter b) ins ZK gewählt.

a) Räteverfassung und Avantgardefunktion der Partei

Die Frage der politischen Form für die ökonomische Emanzipation des Proletariats stand mit der bürgerlichen Februarrevolution von 1917 in Rußland wieder auf der Tagesordnung. In den berühmten Aprilthesen von 1917 – mit denen Lenin die »zweite [...] Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen«³⁴ soll, einleiter – wird, streng der Marxschen Tradition folgend, die Forderung nach einem »Kommunestaat«, »das heißt eines Staates nach dem Vorbild der Pariser Kommune«³⁵, aufgestellt. Durch den »Übergang [...] der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten«³⁶ nimmt die Kommune, Instrument für die Machteroberung durchs Proletariat und, gleichzeitig, die Regierungsform des Proletariats, welche die Trennwand zwischen Regierenden und Regierten aufhebt, die Gestalt der Sowjets an. Entsprechend lauten die Forderungen: »Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamenschaft (das heißt Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung); Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.«³⁷ In seiner Schrift »Staat und Revolution«, geschrieben im August 1917, nimmt Lenin seine Aprilthesen auf, erweitert sie zu einer auf die aktuellen Probleme der bevorstehenden Revolution bezogenen Rekonstruktion der Marx-Engelschen Staatstheorie. Indem sich die öffentliche Gewalt mittels der Sowjets zu einem Organ der ungeheuren Mehrheit des Volkes verwandelt, »beginnt der Staat abzusterben. An die Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Kommandobestand des Heeres) kann das die Mehrheit unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, umso weniger bedarf es dieser Macht.«³⁸ Nach dem Sturz der Kapitalisten und Beamten und der Übernahme der »Rechnungslegung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst«, hört der Staat auf, »ein ›politischer Staat‹ zu sein, dann verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache, administrative Funktionen.«³⁹

Die von Lenin antizipierte Rolle der Sowjets wird Wirklichkeit in der Oktoberrevolution, in der die Bolschewiki ihr Führungsmandat aus der Mehrheit in den Sowjets ableiten. In der Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik vom Juli 1918 wird die Sowjetverfassung institutionalisiert: »Rußland wird als Republik der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die ganze zentrale und lokale Gewalt steht diesen Sowjets zu.« (Art. 1 Ziff. 1).⁴⁰ Die Sowjets als Organe der Selbstregierung des Volkes verlieren allerdings schnell ihre Funktion: Einmal stärkt der in der Mitte des Jahres 1918 einsetzende Bürgerkrieg unmittelbar die Zentralgewalt und lässt durch das Verbot nicht-bol-

³⁴ W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin 1970, Bd. II, S. 40.

³⁵ Ebenda, S. 42.

³⁶ Ebenda, S. 41.

³⁷ Ebenda, S. 41.

³⁸ W. I. Lenin, Staat und Revolution, a. a. O., Bd. II, S. 353. Hervorhebung von Lenin.

³⁹ Ebenda, S. 402, Ann. 1.

⁴⁰ H. Conert, Der Kommunismus in der Sowjetunion, Frankfurt 1971, S. 33.

schewistischer Parteien gleichzeitig die freie Wahl der Kandidaten für die Sowjets allmählich schwinden.⁴¹ Neben diesen äußeren Umständen ist die Räteverfassung der russischen Republik durch das leninistisch bestimmte Verhältnis von Partei und Klasse mit einer prinzipiellen Crux behaftet (ein Problem übrigens, das in »Staat und Revolution« nicht thematisiert wird).⁴² In den Jahren 1902/1904 hatte Lenin einen auf die Erfordernisse des autokratisch regierten Zarismus bezogenen Parteitypus inauguriert, der die Partei zum konspirativen, berufsrevolutionären und zentralistisch organisierten »Vortrupp« machte, unter dessen »Leitung« die gesamte Klasse »in der Epoche des Bürgerkriegs« handeln sollte.⁴³ Die immannten Folgen der Theorie Lenins hatte Trotzki bereits 1904 antizipiert (ohne daß er nach der Oktoberrevolution diese Position beibehalten hätte): Durch die »politische [...] Substitution des Proletariats« werde die Diktatur des Proletariats zu einer »Diktatur über das Proletariat«: »Nicht die selbständige Arbeiterklasse, die das Schicksal in ihre Hände nimmt, sondern die »starke und mächtige Organisation«, die über das Proletariat und durch es über die Gesellschaft herrscht, wird den Übergang zum Sozialismus sichern.⁴⁴ Der Leninsche Parteitypus verwandelte sich nach der Oktoberrevolution in ein gewissermaßen staatsrechtliches Institut, welches den Bolschewiki das prinzipiell nicht weiter abzuleitende Führungsmandat, jenseits der in den Sowjets sich herausbildenden Selbstorganisationsformen, zusprach. Die Dialektik von Partei und Klasse wurde so in der Avantgardefunktion der Bolschewiki stillgelegt. Illusionslos stellte Lenin – unter Hinweis auf das niedrige Kulturniveau des Landes – im März 1919 fest, »daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe *für die Werktätigen* sind, eine Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst«⁴⁵. Die »fortgeschrittene Schicht des Proletariats« – das ist die Partei der Bolschewiki, die, zumal bei den Sowjetwahlen nur Bolschewiki und regierungstreue Parteilose zugelassen sind⁴⁶, ihre Herrschaft mit der Diktatur des Proletariats gleichsetzt: »Die Diktatur der Arbeiterklasse [kann] nicht anders verwirklicht werden [...] als durch die Diktatur ihrer Vorhut, d. h. durch die Kommunistische Partei«⁴⁷ heißt es bei Sinowjew. »Die Räte-Demokratie wurde zur Hülle, die die Parteidiktatur verbarg.«⁴⁸ Die Diktatur der Partei über die Klasse ließ die politische Organisationsform für die ökonomische Befreiung des Proletariats leerlaufen. Rosa Luxemburg hat dies in ihrer Analyse der russischen Revolution scharf herausgearbeitet: »Lenin-Trotzki entscheiden sich [...] für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für Diktatur nach *bürgerlichem Muster*. [...] Es [das Proletariat]

⁴¹ A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt 1966, S. 155 f.

⁴² Vgl. L. Magri, Für einen neuen Realismus, in: I. Colletti u. a., Lenins »Staat und Revolution« – heute, Berlin 1970, S. 52.

⁴³ W. I. Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück, a. a. O., Bd. I, S. 368 f. Vgl. auch ebenda, S. 490 sowie W. I. Lenin, Was tun?, a. a. O., B. I., S. 252 f.

⁴⁴ Vgl. zu seiner mit Lenin übereinstimmenden Haltung nach der Revolution: L. Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Hamburg 1921, S. 88.

⁴⁵ L. Trotzki, Unsere politischen Aufgaben, in: Schriften zur revolutionären Organisation, ed. Mehringer, Hamburg 1970, S. 68, S. 127.

⁴⁶ W. I. Lenin, Bericht über das Parteiprogramm (auf dem VIII. Parteitag der KPR [B]), a. a. O., Bd. III, S. 200. Hervorhebungen von Lenin.

⁴⁷ A. Rosenberg, a. a. O., S. 156.

⁴⁸ G. Sinowjew, Der Zentralismus, in: Kommunistische Rundschau, Jg. 1 Nr. 1 (1. 10. 1920), S. 27 f., zit. nach O. Anweiler, Einleitung zu F. Kool / E. Oberländer (Hrsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten 1967, S. 56.

⁴⁹ W. Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1965, S. 104.

soll und muß [...] sofort sozialistische Maßnahmen in energischer, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitestter Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie [...]. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.⁵⁰

Die Diktatur der Partei folgte freilich nicht nur aus bestimmten theoretischen Prämissen Lenins, sondern wurde durch die geschichtlichen Umstände nach dem Ende des Bürgerkriegs, der durch den Interventionskrieg kapitalistischer Staaten besonders verschärft wurde, direkt begünstigt. Das Land war verwüstet, »wirtschaftlich [...] um mehr als ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen«; das Proletariat, ohnehin nur ein kleiner Teil des russischen Volkes, hatte »als geschlossene gesellschaftliche Macht zu existieren aufgehört.⁵¹ Diese Lage, der »authentische [...] Ursprung [...] der sogenannten bürokratischen Degeneration des Regimes⁵², ermöglichte die Substitution des Proletariats durch die alte Garde der Bolschewiki. Lenin war sich dieses Tatbestandes völlig bewußt. Im März 1922 notierte er: »Wenn man seine Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen will, so sollte man zugeben, daß der proletarische Charakter der von der Partei betriebenen Politik gegenwärtig nicht von der Klassenzusammensetzung der Mitgliedschaft bestimmt wird, sondern von der enormen und ungeteilten Autorität jener sehr dünnen Schicht von Mitgliedern, die sich als die alte Garde der Partei beschreiben lassen.⁵³

b) Zur Veränderung der Produktionsverhältnisse nach der Revolution

Wie die politische Verfassung der Sowjetunion ihr emanzipatives Versprechen uneingelöst ließ, so blieben auch die mit einer sozialistischen Revolution intendierten qualitativen Veränderungen der Beziehungen der Individuen im ökonomischen Bereich mit prinzipiellen Schwierigkeiten behaftet. Die von Lenin – im Gefolge von Marx – vorausgesetzte Internationalisierung der sozialistischen Revolution, die nach dem Durchbrechen des »schwächsten Gliedes« des Kapitalismus in Rußland die Entfaltung der Produktivkräfte auf der Basis eines zumindest europäischen Sozialismus sichern sollte, blieb aus. Lenin hatte im Mai 1918 ausdrücklich erklärt: »Wir verschließen nicht die Augen davor, daß es uns allein – der sozialistischen Revolution in einem Land, selbst wenn dieses viel weniger rückständig wäre als Rußland, selbst wenn wir in leichteren Verhältnissen lebten als nach vier Jahren eines unerhörten, qualvollen, schweren und verheerenden Krieges – nicht möglich ist, mit den eigenen Kräften die sozialistische Revolution in einem Land voll durchzuführen.⁵⁴ Die Rückständigkeit des Landes, die sich besonders im Überwiegen der Bauernwirtschaft mit ihrer durch

⁵⁰ R. Luxemburg, *Die russische Revolution*, Frankfurt 1963, S. 77 f. Erste Hervorhebung von mir, zweite von Luxemburg.

⁵¹ I. Deutscher, *Die unvollendete Revolution 1917–1967*, Frankfurt 1967, S. 38.

⁵² Ebenda, S. 39.

⁵³ W. I. Lenin, *Sotschinenija*, Bd. XXIII, S. 228 ff., zit. nach I. Deutscher, *Trotzki II*, Stuttgart 1962, S. 32. Zur Frage der Substitution der Proletariats durch die Partei vgl. T. Cliff, *Revolutionäre Partei und Klasse, Sozialistische Correspondenz*, Frankfurt 1970, Nr. 56/57, S. 23 ff.

⁵⁴ W. I. Lenin, *Rede auf dem ersten Kongreß der Volkswirtschaftsräte*, a. a. O., Bd. II, S. 827.

die Landaufteilung begünstigten individualistischen Kleinwarenproduktion ausdrückte, ließ die Entfaltung sozialistischer Produktionsverhältnisse gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte zurücktreten. So wurden in dieser primär auf die Produktionsentwicklung gerichteten Periode die Ursachen gesetzt für eine Verengung des Begriffs des Sozialismus auf einen vom Kapitalismus nur noch quantitativ unterschiedenen: auf die technische Dimension der Steigerung der Produktivkräfte.⁵⁵ Schon bei Lenin ist die Tendenz hierzu angelegt. Obgleich er erkennt, daß »der Sozialismus [...] auf seine Art, mit seinen Methoden – sagen wir konkreter, mit sowjetischen Methoden – [den] Vormarsch [zu einer höheren Arbeitsproduktivität] verwirklichen«⁵⁶ muß, heißt es an anderer Stelle kategorisch: »Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.«⁵⁷ Dem entspricht, daß Lenin die unmittelbare Übernahme kapitalistischer Arbeitstechnik, Taylor-System und Stücklohn propagierte. Wie im Kapitalismus soll die Direktionsgewalt im Betrieb unangetastet bleiben. Im Arbeitsprozeß soll »die unabdingte Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses«⁵⁸ gelten. Der Übernahme der kapitalistischen Arbeitstechniken korrespondiert die bloße Verstaatlichung der Produktionsmittel, die mit einer Vergesellschaftung, die die kollektive Verfügung über den Arbeitsprozeß und die gesellschaftliche Aneignung der Produkte zum Inhalt hat, nicht zu wechseln ist; die Verstaatlichung ändert nichts an der Objektstellung der unmittelbaren Produzenten; sie sind den staatlichen Verfügungsbeamten, den Betriebsleitern, unterworfen. Lenin bezeichnete in seiner Auseinandersetzung mit den linken Kommunisten den »Staatskapitalismus« als »einen Schritt vorwärts gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik«, weil er die gesamtstaatliche Organisation der Produktion durch Rechnungsführung und Kontrolle ermögliche, ohne daß freilich die »neuen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet« werden könnten.⁵⁹ Die von Lenin eingeführte politische Kompensation für die Fortexistenz fremdbestimmter Arbeitsverhältnisse im Staatskapitalismus: die Herrschaft des Proletariats im sozialistischen Staat⁶⁰ blieb durch den prinzipiellen Führungsanspruch der Partei der Bolschewiki beschränkt.

Gegen Lenins Ziel, staatskapitalistische Produktionsverhältnisse zur Entfaltung der Produktivkräfte einzusetzen, wandte sich eine Gruppe linker Kommunisten (Bucharin, Radek, Osinskij, Preobraschenski, u. a.), die im Frühjahr 1918 in einem eigenen theoretischen Organ, »Kommunist«, ihre Kritik entwickelten. Die Abschaffung des Kapitalverhältnisses, die bei Lenin hinter die staatskapitalistisch organisierte Entfaltung der Produktivkräfte zurücktritt, rückte bei den linken Kommunisten ins Zentrum, ohne daß sie die »objektiven Verhältnisse, namentlich die zahlenmässige und politisch-organisatorische Schwäche der Arbei-

⁵⁵ Vgl. O. Negt, Marxismus als Legitimationswissenschaft, Einleitung zu A. Deborin / N. Bucharin, Kontroversen über dialektischen und historischen Materialismus, Frankfurt 1969, S. 30 ff. H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964, S. 59, S. 84 f.

⁵⁶ W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, a. a. O., Bd. II, S. 743. Hervorhebung von Lenin.

⁵⁷ W. I. Lenin, Die große Initiative, a. a. O., Bd. III, S. 261.

⁵⁸ W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, a. a. O., Bd. II, S. 763. Hervorhebung von Lenin.

⁵⁹ W. I. Lenin, Über »linke Kinderei« und Kleinbürgerslichkeit, a. a. O., Bd. II, S. 786 ff.

⁶⁰ »Ist es nicht klar, daß wir [...] je vollständiger wir in den Sowjets den sozialistischen Staat und die Diktatur des Proletariats verkörpern haben, um so weniger den Staatskapitalismus zu fürchten brauchen?«, W. I. Lenin, ebenda, S. 793.

terschaft, die sozialökonomische Rückständigkeit des Landes und die Zerrüttung der Wirtschaft übersahen«.⁶¹ Osinskij schrieb im »Kommunist«: »Wenn man den Übergang zum Sozialismus in der Verstaatlichung der Betriebe erblickt, bedeutet die Verstaatlichung an sich, d. h. der Übergang eines Betriebs in Staats-eigentum, noch keinen Sozialismus. In Preußen sind sämtliche Staatsbahnen in die Hände des Staates übergegangen, aber niemand glaubt deshalb, daß das eine Maßnahme des Übergangs zum Sozialismus gewesen sei. Damit die Verstaatlichung einen derartigen Sinn bekommt, ist es erstens notwendig, daß die Organisierung der Wirtschaft in den verstaatlichten Betrieben nach sozialistischen Prinzipien erfolgt, daß die Kommandogewalt des Kapitals beseitigt wird und daß der Aufbau des Betriebs keinen Boden für die Wiederbelebung dieser Kommandogewalt bietet; zweitens ist es notwendig, daß die gesellschaftliche Macht, in deren Hände das Eigentum an den Produktionsmitteln übergeht, eine proletarische Macht ist.«⁶² Osinskij erklärte, die mit der staatskapitalistischen Wirtschaftsform verknüpften Methoden zerstörten »die Klassensolidarität der Arbeiterschaft und verwandelten diese in ein passives Element des Produktionsprozesses. Vor allem trage hierzu das System der außerordentlichen und bevollmächtigten Kommissare bei, da es jede spontane Initiative und Demokratie von unten durch eine bürokratische Zentralisation der Verwaltung ersetze. In gleicher Richtung, der Erziehung zur Passivität, wirke eine von oben oktroyierte Arbeitsdisziplin, die durch bürokratische Institutionen überwacht werde.«⁶³ Die Kontroverse zwischen Lenin und den linken Kommunisten wurde durch den im Sommer 1918 beginnenden Bürgerkrieg gewaltsam entschieden: ökonomisch wie politisch ging die Leitungsbefugnis auf den zentralen administrativen Apparat über.⁶⁴

Nach dem Ende des Bürgerkrieges entbrannte die von den linken Kommunisten entfachte Diskussion um den Aufbau sozialistischer Produktionsverhältnisse aufs neue – unter dem Vorzeichen der Gewerkschaftsdiskussion auf dem X. Parteitag der Bolschewiki im März 1921. »Die gesamte Struktur des Sowjetregimes stand in dieser Debatte zur Diskussion.«⁶⁵ Während die von Trotzki repräsentierte Gruppe die Verstaatlichung der Gewerkschaften, ihre Unterstellung unter die zentrale Wirtschaftsverwaltung forderte (wie sie später unter Stalin verwirklicht wurde), plädierte die Gruppe »Arbeiteropposition« (Schlapnikow, Kollontaj u. a.) für den Übergang der Leitung des Wirtschaftsprozesses an die in den Gewerkschaften zusammengefaßten unmittelbaren Produzenten. Lenin, Repräsentant des mehrheitlichen Zentrums der Partei, das die Gewerkschaften zu »Schulen des Kommunismus« machen wollte, war sich mit Trotzki – dessen Verstaatlichungsforderung er allerdings ablehnte, weil sich die Gewerkschaften dann zu einem bürokratischen Apparat verwandeln würden – darin einig, daß es gegenüber der politischen und ökonomischen Suprematie der Partei keine autonome Selbstorganisation der Produzenten geben dürfe.⁶⁶ So richtete sich der entscheidende Stoß gegen die »Arbeiteropposition«. Ihre Zielsetzung gipfelte in der 13. ihrer zum Parteitag veröffentlichten Thesen: »Die Organisierung der

⁶¹ R. Lorenz, Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918, *neue kritik* 45 (Dezember 1967), S. 34.

⁶² N. Osinskij, Über den Aufbau des Sozialismus, *Kommunist*, Nr. 1 und 2/1918, zit. nach dem vollständigen Text in: F. Kool / E. Oberländer (Hrsg.), *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*, Olten 1967, S. 101.

⁶³ R. Lorenz, a. a. O., S. 29 f.

⁶⁴ Ebenda, S. 45.

⁶⁵ I. Deutscher, *Die sowjetischen Gewerkschaften*, Frankfurt 1969, S. 75.

⁶⁶ Ebenda, S. 69, S. 72, S. 80.

Leitung der gesamten Volkswirtschaft obliegt dem Allrussischen Kongreß der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Produzenten, der das zentrale Organ zur Leitung der gesamten Volkswirtschaft der Republik wählt.«⁶⁷ Die Arbeiteropposition – ihre Sprecher waren durchweg erprobte bolschewistische Gewerkschafter –, ließ sich vom gleichen Impetus leiten wie die linken Kommunisten des Jahres 1918: »Die Gewerkschaft muß, wenn sie im Produktionsprozeß [...] das Bewußtsein der befreiten Produzenten entwickelt, die Arbeit so organisieren, daß der Arbeiter aus einem Anhängsel der toten Wirtschaftsmaschine zum bewußten Schöpfer des Kommunismus wird [...].«⁶⁸ Ein derartiges »Fundament neuer Produktionsverhältnisse« sei in der jetzigen ökonomischen Verfassung nicht zu erblicken: »Die Praxis der Parteizentren und der Staatsorgane hat den Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften in den letzten beiden Jahren systematisch eingeschränkt und den Einfluß der Gewerkschaften im Sowjetstaat fast beseitigt. Die Rolle der Gewerkschaften bei der Organisierung und Leitung der Produktion ist in Wirklichkeit auf die Rolle eines Auskunfts- oder Empfehlsbüros reduziert worden, das die Verwaltungsposten mit Funktionären besetzt.«⁶⁹ Alexandra Kollontaj, Wortführerin der Arbeiteropposition, rüttelte an der Avantgardefunktion der Partei, bestimmte das Verhältnis von Partei und Klasse bei der Umgestaltung der Gesellschaft gegen Lenin in der Weise Rosa Luxemburgs, die der Partei nur eine abgeleitete und keine originäre Funktion in der Selbstorganisation des Proletariats zusprach. Alexandra Kollontaj schrieb: »Die Revolution kann von der Vorhut der Klasse vollendet werden, aber die wirtschaftliche Grundlage der Herrschaft der neuen Gesellschaft kann nur von der ganzen Klasse in der praktischen Alltagsarbeit ihres wichtigsten Klassenkollektivs geschaffen werden [...]. Den Kommunismus kann man nicht dekretieren. Er kann nur durch lebendiges Suchen, durch zeitweilige Fehler, jedenfalls aber durch die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse geschaffen werden.«⁷⁰ Lenin verwarf die von der Arbeiteropposition intendierte Selbstregierung der Produzenten. Er verwies auf die spezifische Situation des Sowjetstaates, auf die Zerrüttung des Landes, und vor allem auf die in der Übergangsphase zum Sozialismus fortbestehenden Klassenverhältnisse, die sich von der Homogenität einer sich selbst regierenden Produzentengesellschaft, der kommunistischen Gesellschaft, derart unterscheide, daß eine Übernahme der Wirtschaftsorganisation durch einen Allrussischen Kongreß der Produzenten unmöglich sei.⁷¹ Lennins prinzipielles Argument aber lautete, »daß die Diktatur des Proletariats nicht anders als durch die kommunistische Partei möglich ist.«⁷² In der von Lenin entworfenen und vom Parteitag mit überwältigender Mehrheit angenommenen Resolution »über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unsrer Partei« heißt es zusammenfassend zur Arbeiteropposition: »Die Ideen [der Arbeiteropposition] [...] sind theoretisch von Grund aus falsch, denn sie bedeuten den völligen Bruch mit dem Marxismus und Kommunismus sowie mit den Ergebnissen der praktischen Erfahrungen aller halbproletarischen Revolutionen und der jetzigen proletarischen Revolution. Erstens vereinigt der Begriff

⁶⁷ Vollständiger Text in: F. Kool / F. Oberländer, a. a. O., S. 177.

⁶⁸ Ebenda, S. 176.

⁶⁹ Ebenda, S. 176, S. 172.

⁷⁰ A. Kollontaj, Die Arbeiteropposition, vollständiger Text in: ebenda, S. 223. Hervorhebung von mir.

⁷¹ W. I. Lenin, Referat über die Einheit der Partei und die syndikalistische Abweichung (auf dem X. Parteitag), in: Für und wider die Bürokratie, Schriften und Briefe 1917–1923, ed. Hillmann, Hamburg 1970, S. 113 ff.

⁷² W. I. Lenin, Schlußwort zum Bericht der KPR (B) (auf dem X. Parteitag), in: ebenda, S. 97.

›Produzent‹ den Proletarier mit dem Halbproletarier und mit dem kleinen Warenproduzenten und gibt somit den Grundbegriff des Klassenkampfes und die Grundforderung, zwischen den Klassen genau zu unterscheiden, radikal preis. Zweitens ist die Orientierung auf die parteilosen Massen bzw. das Liebäugeln mit ihnen [...] eine nicht weniger radikale Abkehr vom Marxismus. Der Marxismus lehrt [...], daß nur die politische Partei der Arbeiterklasse, d. h. die kommunistische Partei, imstande ist, eine solche Avantgarde des Proletariats zu vereinigen, zu erziehen und zu organisieren, die allein fähig ist, den unvermeidlichen kleinbürgerlichen Schwankungen dieser Masse, den unvermeidlichen Traditionen und Rückfällen in zünftlerische Beschränktheit oder zünftlerische Vorurteile unter dem Proletariat zu widerstehen und die ganze zusammengefaßte Tätigkeit des Proletariats zu leiten, d. h. es politisch zu leiten, und durch das Proletariat alle werktätigen Massen zu leiten. Anders ist die Diktatur des Proletariats nicht zu verwirklichen.«⁷³

Der Hinweis auf die besonderen Wirtschafts- und Klassenbedingungen des Sowjetstaates, die einen direkten Übergang zu Produktionsverhältnissen assoziiert Produzenten verhinderten, erscheint gerechtfertigt, wenn allerdings auch eine allzu strikte Trennung zwischen dem Weg zum Kommunismus, der – ohne eine qualitative, die Objektsstellung der unmittelbaren Produzenten wenigstens tendenziell aufhebende Veränderung der Arbeitsverhältnisse – staatssozialistisch planiert wird, und dem Ziel des Kommunismus unverkennbar ist. Die »ungleichzeitigen«, dem Geschichtsprozeß vorauseilenden Thesen der ›Arbeiteropposition‹ bedeuten gewiß keinen »völligen Bruch« mit dem Marxismus; ihr Ansatz, Verfügung über die gegenständlichen Arbeitsbedingungen durchs Proletariat, bezeichnet den Kern des Sozialismus. Die Partei ist demgegenüber eine abgeleitete und sekundäre Größe, die nur als unmittelbares Instrument der Arbeiterklasse ihre Legitimation besitzt.⁷⁴ Um es zugespielt zu formulieren: Nicht die Herrschaft der Partei, sondern die Emanzipation des Proletariats ist das Ziel des Sozialismus.

Die uneingeschränkte Herrschaft der Partei, die Trotzki in der Diskussion des Parteitages auf die Formel brachte, daß die Partei »berechtigt wäre, ihre Diktatur selbst dann zu sichern, wenn diese Diktatur zeitweilig mit den vorübergehenden Stimmungen der Arbeiterdemokratie zusammenstößt«⁷⁵, wurde zur Kernstruktur des osteuropäischen Sozialismus. Die Folgen der leninistisch aufgelösten Dialektik von Partei und Klasse sah Rosa Luxemburg schon 1918 voraus: »Das öffentliche Leben schlafet allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren [...] und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft.«⁷⁶

Die parteibürokratische Tendenz, die den emanzipativen Anspruch qualitativ veränderter Produktionsverhältnisse absorbiert, führt zur Identifikation des

⁷³ W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Resolution über die syndikalistische und anarchistische Abweichung unserer Partei, a. a. O., Bd. III, 663 f.

⁷⁴ Vgl. R. Rossanda, Einleitung zu: Partei und Klasse, Berlin 1970, S. 5 ff.

⁷⁵ L. Trotzki zit. nach I. Deutscher, Die sowjetischen Gewerkschaften, a. a. O., S. 78. Vgl. auch W. I. Lenin: »Produktion ist immer nötig, Demokratie nicht.« In: Hillmann, a. a. O., Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler des Genossen Trotzki, S. 74.

⁷⁶ R. Luxemburg, Die russische Revolution, a.a.O., S. 75.

Aufbau des Sozialismus mit der Steigerung der Produktivkräfte. Dies wird auf dem XI. Parteitag der Bolschewiki vom März 1922 besonders deutlich. In der entscheidenden von Lenin formulierten Entschließung heißt es: »Nach der Eroberung der Staatsmacht besteht das wichtigste und grundlegendste Interesse des Proletariats in der Vergrößerung der Produktionsmenge und gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft [...]. Ein solcher Erfolg [der Wiederherstellung der Großindustrie] erfordert seinerseits, bei der gegenwärtigen Lage Rußlands, unbedingt die Konzentration der gesamten Machtfülle in den Händen der Betriebsleitungen [...] Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe muß unter diesen Umständen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden.«⁷⁷ Eine derartige technizistische Reduktion des Sozialismus hatte Alexandra Kollontaj kritisiert: »Ohne die Einführung grundlegender Neuerungen im System der Leitung und Organisierung der Produktion [würde Sowjetrußland] in seiner Entwicklung nur die kapitalistischen Länder einholen.«⁷⁸

III. Elemente des Stalinismus

Im Stalinismus kulminierten die Tendenzen gegen eine auch nur ansatzweise Selbstregierung der Massen. Schon 1926 hatten die Opponenten Stalins (Sino-wjew, Kamnenew, Krupskaja, Trotzki u. a.) die Aufsaugung des öffentlichen Lebens durch eine verselbständigte »parteibürokratische Oberschicht«,^{79a} die Entwicklung zur Selbstherrschaft diagnostiziert: »Eine wirkliche Disziplin wird zerrüttet und ersetzt durch Unterwerfung unter einflußreiche Personen des Apparates [...] Das bürokratische Regime fräßt sich wie ein Rost ein in das Leben jedes Betriebs und jeder Abteilung. Wenn die Parteimitglieder tatsächlich nicht das Recht haben, die Bezirksleitung, die Gruppenleitung oder das ZK zu kritisieren, so haben sie im Betrieb nicht das Recht, ihre nächste Obrigkeit zu kritisieren.«^{79b} Die öffentlicher Kontrolle und Diskussion entzogene Herrschaft der parteibürokratischen Oberschicht, abgesichert durch das Terrorinstrument der Geheimpolizei, das gegen die alten Kader der Bolschewiki eingesetzt wird, ließ die Selbstorganisationsformen der Sowjets vollends zur Farce herabsinken. »Die Bevölkerung wählt die von den Parteizirkeln zuvor bestimmten Kandidaten [...] So kann man sagen, daß die Macht der Sowjets bei uns nur in dem besonderen Sinn existiert, daß die Oberschicht der Partei das Land im Namen der Sowjets beherrscht.«⁷⁹ Aus der Diktatur des Proletariats wurde, wie Brecht im Gespräch mit Benjamin sagte, eine »Diktatur über das Proletariat«⁸⁰; die politische Form für die ökonomische Befreiung des Proletariats war abgestorben.

Zwischen Politik und Ökonomie bestand, da der Staat Eigentümer der Produk-

⁷⁷ W. I. Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, a. a. O., Bd. III, S. 748 f.

⁷⁸ A. Kollontaj, a. a. O., S. 220. Hervorhebungen von mir. Zu den hieraus folgenden Veränderungen im Überbau vgl. K. Korsch, Zur Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland. Der Gegner, 1932, Nr. 3, S. 9 ff. und besonders H. Marcuse, a. a. O., S. 122 ff., S. 198 ff., S. 231 ff.

^{78a} Dieser Terminus nach E. S. Varga, Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse. in: Sowjetunion und China – zwei Modelle des sozialistischen Aufbaus, München 1970, S. 31.

^{78b} Erklärung der Dreizehn – An die Mitglieder des ZK und des ZKK, in: G. Hillmann (Hrsg.). Selbtkritik des Kommunismus, Hamburg 1967, S. 113, S. 115. Hervorhebung durch die Verfasser.

⁷⁹ E. S. Varga, a. a. O., S. 41.

⁸⁰ W. Benjamin, Versuche über Brecht, Frankfurt 1966, S. 135.

tionsmittel war, eine vollständige Fusion.⁸¹ Die unmittelbaren Produzenten blieben von den verstaatlichten Produktionsmitteln, über welche die parteibürokratische Oberschicht verfügte, getrennt: »Vor allem ist es notwendig«, erklärte M. M. Kaganowitsch, ein Senior-Vertreter des Kommissariats für die Schwerindustrie, »die Ein-Mann-Leitung zu stärken. Es ist notwendig, von der grundlegenden Auffassung auszugehen, daß der Direktor der höchste Chef der Fabrik ist. Alle in der Fabrik Beschäftigten müssen ihm vollständig untergeordnet sein.«⁸² »Die Ein-Mann-Leitung [ist]«, heißt es in einem von Paschukanis herausgegebenen Buch zum sowjetischen Wirtschaftsrecht, »das wichtigste Prinzip der Organisation der sozialistischen Wirtschaft.«⁸³ Das Arbeitsverhältnis wurde quasi-militärisch geordnet, die Arbeiter durch ein drakonisches Strafensystem gefesselt. Ein am 18. Dezember 1938 veröffentlichter Erlass, unterzeichnet von Stalin, Molotow und Schwernik, bestimmte z. B., daß Arbeiter, die ihre Arbeitsstellen ohne Erlaubnis verließen oder sich ernster Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin schuldig machten, »verwaltungsmäßigen Zwangsausweisungen (aus ihren Wohnungen) innerhalb von 10 Tagen unterlagen, ohne daß ihnen Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden«.⁸⁴ »Da Häuser in der Regel Eigentum der Gemeinden oder Stadtbehörden waren, besaß der [...] Ausgewiesene praktisch keine Möglichkeit, eine neue Unterkunft zu erhalten. Dies hatte häufig die Deportierung in Zwangsarbeitslager zur Folge. Die Furcht vor dem Lager begann nun diejenige Rolle zu spielen, die die Furcht vor Arbeitslosigkeit unter dem Kapitalismus gespielt hatte: sie hielt die Arbeitsdisziplin aufrecht.«⁸⁵ Mit dem Stichwort »sozialistischer Wettbewerb«, besonders ausgeprägt im »Stachanowismus«, der die Arbeiter durch ein ausgeklügeltes Akkordsystem dissoziierte und die »besten Vertreter« mit Privilegien bedachte, wurde gleichzeitig eine starke Differenzierung der Löhne durchgesetzt.⁸⁶ Die Gewerkschaften degenerierten zu Transmissionsriemen der parteibürokratischen Oberschicht. Nicht zufällig fand 17 Jahre lang zwischen 1932 und 1949 kein Gewerkschaftskongress statt.⁸⁷ Im Rahmen dieser repressiven Arbeitsverhältnisse fungierte die gesamtwirtschaftliche Planung, institutionalisiert in den Fünf-Jahresplänen, als bürokratische Konstruktion von oben, die den unmittelbaren Produzenten als fremdes Zwangsgesetz auferlegt wurde, das die kapitalistische Anarchie des Marktes durch die Dezision der Parteizentrale ersetzte.⁸⁸

Die ökonomische und politische Hörigkeit der unmittelbaren Produzenten wurde zur Basis des Industrialisierungsprozesses in der Sowjetunion. Dieser Zusammenhang wird allzuleicht zur mechanistischen Notwendigkeit verkürzt. Schon das Beispiel Jugoslawiens, das mit Hilfe des die Selbständigkeit der unmittelbaren Produzenten mobilisierenden Systems der Arbeiterselbstverwaltung seit 1950, ungeachtet schwach entwickelter Produktivkräfte, die Industrialisierung betreibt,⁸⁹ zeigt, daß von einer gleichsam meta-geschichtlichen Notwen-

⁸¹ Vgl. T. Cliff, *Russia a Marxist Analysis*, London 1970³, S. 125 f.

⁸² Sa Industrialisaziu (Organ des Kommissariats für die Schwerindustrie), Moskau 16. 4. 1934, zit. nach T. Cliff, a. a. O., S. 19.

⁸³ L. Gintsburg / E. Paschukanis, *Leitfaden des sowjetischen Wirtschaftsrechts* (russisch), Moskau 1935, Vol. 1, S. 8, zit. nach T. Cliff, ebenda, S. 19.

⁸⁴ I. Deutscher, *Die sowjetischen Gewerkschaften*, Frankfurt 1969, S. 113 f.

⁸⁵ Ebenda, S. 114, vgl. auch zu weiteren Einzelheiten der stalinistischen Arbeitsverfassung: W. Hofmann, *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin 1956, S. 225 ff.

⁸⁶ I. Deutscher, a. a. O., S. 121 ff.

⁸⁷ Ebenda, S. 147.

⁸⁸ Vgl. C. Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*, Berlin 1970.

⁸⁹ Vgl. H. Roggemann, *Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*, Frankfurt 1970. Die durch die Selbsttätigkeit der unmittelbaren Produzenten vermittelte Industriali-

digkeit nicht gesprochen werden kann. Das Geflecht stalinistischer Verformungen war das Resultat besonderer Bedingungen: Zum einen nicht überwundener »Zarismen«, die Lenin mit dem Satz bezeichnete, daß der Staatsapparat »nur äußerlich leicht überdeckt worden [ist], im übrigen aber [...] etwas typisch Altes aus unserem alten Staatsapparat [darstellt]«⁹⁰; hinzutrat die weltpolitische Isolierung der Sowjetunion, verbunden mit der latenten Interventionsdrohung kapitalistischer Staaten, die dazu zwang, die Produktivkräfte durch Rüstungsinvestitionen zu fesseln: das Ausbleiben der internationalen Revolution behinderte die emanzipative Überwindung der Rückständigkeit des Sowjetstaates; als systematische Ursache erscheint schließlich die gleichsam staatsrechtlich sanktionierte Leninsche Parteidoktrin, die die Usurpation des Parteappa- räts durch das Generalsekretariat Stalins direkt begünstigte.

Die aus diesen Bedingungen hervorgegangenen Herrschaftsverhältnisse wurden von Stalin zum »vollen Sieg des sozialistischen Wirtschaftssystems« ideologisiert, das die »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« beseitigt habe.⁹¹ Demgegenüber ist mit Trotzki daran festzuhalten, daß das »Sowjetregime in allen seinen Widersprüchlichkeiten nicht als sozialistisches, sondern als vorbereitendes oder Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu bezeichnen« ist,⁹² das, ungeachtet seiner repressiven Gesamtverfassung, dank der zentral gesteuerten Investitionspolitik eine *cum grano salis* wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der Infrastruktur (Bildungs- und Gesundheitswesen etc.) ermöglichte. Die ambivalente Verfassung des stalinistisch organisierten Sowjetstaates, der, obgleich er die formalen Voraussetzungen des Sozialismus (Abschaffung des kapitalistisch fungierenden Eigentums/gesamtwirtschaftliche Planung) verwirklichte, dessen emanzipativen Anspruch in terroristischen, parteibürokratischen Herrschaftsverhältnissen begrub, hat Brecht klar bezeichnet. In seiner Schrift »Me-ti-Buch der Wendungen« heißt es: »Der Besitz der Einzelnen an Arbeitsmitteln ist abgeschafft, und indem auch die Erde als ein solches Arbeitsmittel betrachtet wird und der Einzelbesitz an Erde abgeschafft ist, verschwindet der Gegensatz von Stadt und Land, denn auch die Erde kann jetzt auf große planmäßige Weise bebaut werden. Aber das neue System, das fortgeschrittlichste der Weltgeschichte, arbeitet noch sehr schlecht und wenig organisch und braucht soviel Anstrengung und Gewaltanwendung, daß die Freiheiten der Einzelnen sehr gering sind. Da es von geringen Einheiten von Menschen erzwungen wird, gibt es überall Zwang und keine richtige Volksherrschaft. Die Meinungsunfreiheit, Koalitionsunfreiheit, Lippendienerei, die Gewalttaten der Magistrate be- weisen, daß noch lange nicht alle Grundelemente der großen *Ordnung* [d. h. des Sozialismus] verwirklicht sind und verwirklicht werden.«⁹³

sierung ist allerdings durch die gleichzeitige Einführung des Marktmechanismus mit kapitalistischen Friktionen belastet. – Zu der Industrialisierung in China, die sich von der sowjetischen der 30er Jahre offenbar durch größere Initiative der Massen unterscheidet, vgl. C. Bettelheim, China und die Sowjetunion: Zwei »Modelle« der Industrialisierung, in: Sowjetunion und China, a. a. O., S. 50 ff. und C. Bettelheim, u. a., Der Aufbau des Sozialismus in China, München 1969.

⁹⁰ W. I. Lenin, Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen, a. a. O., Bd. III, S. 871.

⁹¹ J. W. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), in: Schriften zur Ideologie der Bürokratisierung, ed. Hillmann, Hamburg 1970, S. 217, 221.

⁹² L. Trotzki, Verratene Revolution, Zürich o. J. (1957), S. 49.

⁹³ B. Brecht, Me-ti – Buch der Wendungen, Frankfurt 1965, S. 138 f. Hervorhebung von Brecht. Die gegenwärtige politische Verfassung der Sowjetunion konnte im Rahmen dieser Vorstudie nicht untersucht werden. Zur gegenwärtigen Struktur der Sowjetunion vgl. etwa die Darstellung von H. Conert, a. a. O., S. 81 ff. m. w. Nachw., sowie speziell für die Produk-

Die Erfahrungen mit den staatssozialistischen Verformungen im Stalinismus ließen, als bestimmte Negation, Modelle der politischen Verfassung des Sozialismus entstehen, die sich mehr oder minder ausdrücklich auf die zentrale Marx-sche Intention, die Abschaffung des Kapitalverhältnisses und die damit ver-knüpfte Aufhebung der politischen Gewalt, berufen. Von den verschiedenen theoretischen und praktischen Ansätzen in Osteuropa sei exemplarisch der tschechoslowakische Reformkommunismus des Jahres 1968 betrachtet.

Die praktische Kritik setzte in der CSSR direkt am politischen Herrschafts-system an. Seine Struktur analysierten die Reformer in folgender Weise: »Das Vorjanuar-System war gekennzeichnet durch eine tiefe, hierarchisch abgestufte politische Ungleichheit zwischen der kleinen Gruppe wirklich herrschender Personen, den Beamten der diversen Apparate, dem Funktionärsaktiv und schließ-lich den breiten Schichten der Bevölkerung (Kommunisten und anderen Bürgern), die an der Leitung der Gesellschaft nicht wesentlich mitwirken konnten.«⁹⁴ »Der Sozialismus [...] wurde reduziert auf die Verstaatlichung des kapitalisti-schen Eigentums, auf administrativ direkte Wirtschaftsleitung vom Zentrum aus und auf ein monopolistisches machtpolitisches System. Das ist jedoch noch kein Sozialismus. Innerhalb dieser Grenzen des gesellschaftlichen Lebens vermag we-der die Arbeiterschaft noch die Bauernschaft und die Intelligenz sich als Schöp-ferin neuer zwischenmenschlicher Beziehungen zu entfalten.«⁹⁵ Liberale Frei-heitsrechte (Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Presse-freiheit) sollten den Herrschaftsapparat »demokratisieren«, ihn in eine massen-mobilisierende Öffentlichkeit, die zum Artikulationsorgan der Selbstregierung wird, zurückzuholen – entsprechend der (etwas verschwommenen) Formulie-rung des Aktionsprogramms der KPC vom 5. April 1968: »Der Sozialismus kann nicht nur die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Vorherrschaft der ausbeutenden Klassenbeziehungen bedeuten, sondern muß mehr als jede andere bürgerliche Demokratie ermöglichen, die Persönlichkeit des Einzelnen voll zur Geltung zu bringen.«⁹⁶ Das Zurückgreifen auf liberale Freiheitsrechte ist als Rückfall in überholte bürgerliche Rechtsformen begriffen worden: »Die nach-stalinistische Reform in der CSSR stellte eine ahistorische Überführung des ge-schichtlich neuen, noch unentfalteten und etatistisch verstümmelten Prinzips der sozialistischen Produktionsweise in die alte und abgestorbene Substanz bürger-licher Verkehrsformen dar [...] als ›weltgeschichtliche Totenbeschwörung< (Marx) des fossilisierten Liberalismus der längst untergegangenen konkurrenz-kapitalistischen Phase der bürgerlichen Gesellschaft – als Versuch rechtsstaat-licher Institutionalisierungen republikanischer Freiheiten.«⁹⁷ Eine derartige ab-

tionsverhältnisse L. Foa, Einleitung zu I. Deutscher, Die sowjetischen Gewerkschaften, a. a. O., S. 5 ff. und L. Foa, Der neue Wirtschaftskurs, in: P. Strotmann (Hrsg.), zur Kritik der So-wjetökonomie, Berlin 1969, S. 152 ff.

⁹⁴ Analyse der Parteitätigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem 13. Parteitag und die Hauptaufgaben der Partei (Materialien für den 14. Parteitag der KPC, der am 22. 8. 1968 in Prag als Untergrundsparteitag stattfand), in: J. Pelikan (Hrsg.), Panzer überrollen den Parteitag, Protokoll und Dokumente des 14. Parteitags der KPC am 22. 8. 1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S. 196.

⁹⁵ Über die Vorbereitung und Grundzüge eines langfristigen Parteiprogramms (Materialien für den 14. Parteitag der KPC), ebenda, S. 120.

⁹⁶ Volkszeitung (Prag) v. 19. 4. 1968. Vgl. auch O. Negt, Das Ende des Stalinismus, in: Prag und die Linke, Hamburg 1968, S. 27.

⁹⁷ H. J. Krahl, Zur historischen Dialektik der nachstalinistischen Reform, Einleitung zu: R. Deppe, u. a., Die Tschechoslowakei 1945–1968 – Zwischen Kapitalismus und Revolution, Frankfurt/Berlin 1968, S. 7, S. 11. Vgl. aber ebenda, S. 14: »Die Erfahrungen gerade der

strakt-puristische Kritik wirft das emanzipative geschichtliche Erbe der Französischen Revolution auf den Kehrichthaufen der Geschichte, statt zu erkennen, daß im Sozialismus die bürgerlichen Freiheiten, in »umfunktionierte[r] Konsequenz«⁹⁸, endlich, ohne Paralysierung durch ökonomische Ungleichheit, inhaltlich realisiert werden können. Rosa Luxemburg faßte diese Einsicht in den programmatischen Satz: »Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen Demokratie*, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit unter der süßen Schale der formalen Freiheit und Gleichheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem Inhalt zu füllen.«⁹⁹ Allein sozialistische Demokratie – das war der strategische Sinn der These Rosa Luxemburgs – kann verhindern, daß die Selbstregierung des Proletariats zur Herrschaft einer unkontrollierbaren und unkritisierbaren parteibürokratischen Oberschicht (die sich schließlich mit dem Spruch »Die Partei hat immer recht« gegen die potentielle Selbsttätigkeit der Unteren impfte) verkommt. Dies hatte die KPC erkannt. Im Aktionsprogramm hieß es: »Die kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Unterstützung durch die Menschen. Sie verwirklicht ihre führende Rolle nicht dadurch, daß sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, daß sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient. Sie kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muß sie immer aufs Neue durch ihre Taten gewinnen [...] Die führende Rolle der Partei wurde in der Vergangenheit oft als Monopol, als Konzentration der Macht in der Hand der Parteiorgane aufgefaßt. Das entsprach der falschen These, daß die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei.«¹⁰⁰ Die progressive Funktion der Prager Reformer bestand darin, die Partei, die den Staatsapparat in unbeschränkter Verfügungsmacht beherrschte, aus ihrer geschichtsmythologischen Unfehlbarkeit zu befreien, sie auf die Ebene öffentlicher Diskussion und Kontrolle zurückzuholen.

Im Rahmen einer emanzipativen politischen Verfassung, die Selbstorganisationsformen der Massen sich entwickeln läßt, konnte die ökonomische Befreiung der unmittelbaren Produzenten, die in dem etatistischen Vorjanuar-System von den verstaatlichten Produktionsmitteln getrennt blieben, wieder ins Zentrum rücken. Selbstverwaltungsorgane – insbesondere Arbeiterräte – sollten als Form des »allmählichen langfristigen Absterbens staatlicher Macht und Repression«¹⁰¹ fungieren. Mit der Rückbesinnung auf die zentrale Marxsche Intention konnte auch die technizistische Reduktion des Sozialismus auf die Steigerung der Produktivkräfte überwunden werden: »Die Industrialisierung, die sich vorwiegend auf das extensive Wachstum der industriellen Produktivkräfte (Maschinen- und Arbeitskräfte) stützt, zählt nicht zu den historischen Aufgaben des Sozialismus, sondern vielmehr zu seinen Voraussetzungen, sie stellt sogar einen Zivilisationsprozeß dar, der zur eigentlichen Entwicklung des Sozialismus im

ersten Okkupationstage in der CSSR haben gezeigt, daß in einem Land mit staatlicher Aufhebung [des Privateigentums an Produktionsmitteln] die republikanischen Freiheiten wieder in allerdings geschichtlich neuer Weise dem Proletariat die organisatorischen Bedingungen für die Fortsetzung des revolutionären Klassenkampfes im *sozialistischen Lager* selbst liefern können.«

⁹⁸ E. Bloch, Politische Messungen, Frankfurt 1970, S. 365. Zur Einzelableitung vgl. E. Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt 1961, S. 200 ff.

⁹⁹ R. Luxemburg, Die russische Revolution, a. a. O., S. 78. Hervorhebung von Luxemburg.

¹⁰⁰ Volkszeitung (Prag), a. a. O.

¹⁰¹ Über die Vorbereitung und Grundzüge eines langfristigen Parteiprogramms, a. a. O., S. 125.

Widerspruch steht. Solange die Gesellschaft die Produktion um den Preis einer gewissen Einschränkung der Konsumentenentwicklung (für die Mehrheit) entfaltet, solange sie die Produktivkräfte durch Vermehrung der einfachen Industriearbeit erweitert, solange sie wissenschaftliche Leitung in dem Sinn einführt, daß der Mehrheit die Teilnahme an der Leitung verwehrt bleibt, [...] solange also die allgemeine Entwicklung eine Einschränkung der Entwicklung für die Mehrheit der Arbeitenden erfordert, solange besteht wenig Hoffnung, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen – trotz Aufhebung der Ausbeutung – wahrhaft sozialistischen Charakter annehmen.«¹⁰²

Die ökonomische Befreiung der unmittelbaren Produzenten sollte allerdings mit der Wiedereinführung von Marktmechanismen, die die zentralen staatlichen Direktiven ersetzen, um »die unternehmerische Initiative der Werktätigen zu mobilisieren«,¹⁰³ gekoppelt werden. Damit war die Selbstregierung der Produzenten begrenzt auf das einzelne isolierte Unternehmen: die Aufhebung des Kapitalverhältnisses wird travestiert zur Verwandlung der Arbeiter in Kapitalisten, die als gegeneinander konkurrierende Gruppeneigentümer fungieren; die unmittelbaren Produzenten wären weiter an den Fetischcharakter der Warenproduktion gekettet, welche die Arbeiter nur als dissozierte Konkurrenten in Beziehung treten läßt. Die »sozialistische Marktwirtschaft« erscheint als abstrakte Negation des Stalinismus, die den Plan als prinzipiell unveränderliche, bürokratisch-etatistische Konstruktion von oben verwirft. So wird die konkrete Aufarbeitung des Stalinismus in der Form eines gesamtgesellschaftlichen Plans, der zum Instrument der assoziierten Individuen würde, die die Produktivkräfte bewußt für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen, ausgekreist.¹⁰⁴ Die abstrakte Negation des Stalinismus läßt hinterrücks dessen technokratische Perspektive, die die Steigerung der Produktivkräfte an die Stelle der Veränderung der Produktionsverhältnisse treten ließ, wiedererstehen: Allein aus Effizienzgesichtspunkten sollte die »sozialistische Marktwirtschaft« eingeführt werden.¹⁰⁵

Im Rahmen eines tauschgesellschaftlich organisierten Unterbaus verwandelt sich leicht die politische Verfassung aus einer Form für die ökonomische Befreiung zu einem rechtfertigenden Überbau, der die unmittelbaren Produzenten ideologisch in ihrer entfremdeten Konkurrenzsituation befestigt. Trotzdem ist die ambivalente Rolle der politischen Freiheitsrechte, die prinzipiell auch die Artikulation des Interesses an der ökonomischen Emanzipation ermöglichen, nicht zu

¹⁰² Ebenda, S. 130 f.

¹⁰³ Ebenda, S. 127.

¹⁰⁴ Vgl. C. Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, a. a. O., S. 19, S. 85. »Der Grad der tatsächlichen Koordination (also der Grad der Angemessenheit, der sich im Wirken des Wirtschaftsplans zeigt) hängt [...] prinzipiell weder von der ›Planungstechnik‹ noch von detaillierten und ausgetüftelten ›administrativen Aktionen‹ [...] ab. Er hängt ab von objektiven politischen Bedingungen (von der tatsächlichen Teilnahme der Massen an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne) und von wissenschaftlichen Bedingungen (der Plan koordiniert nur dann wirksam die Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten, wenn er auf einer wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit beruht und wenn er den Anforderungen der wissenschaftlichen Erprobung genügt). Die zweiten Bedingungen können [...] nur realisiert werden, soweit die ersten realisiert sind; die Kenntnis der ökonomischen Wirklichkeit und die wissenschaftliche Erprobung auf gesellschaftlicher Ebene [...] bildet sich nur heraus unter der Teilnahme der Massen.« Ebenda, S. 54 f.

¹⁰⁵ Vgl. den Abschnitt über Wirtschaftsfragen im Aktionsprogramm der KPC v. 5. 4. 1968, Volkszeitung, a. a. O. Zur Reform des ökonomischen Systems der CSSR vgl. im übrigen E. Altvater, C. Neuß, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, neue kritik 51/52 (Februar 1969), S. 19 ff.

übersehen. Am 21. August 1968 wurde nicht zuletzt diese Möglichkeit¹⁰⁶ vernichtet.

V. Schluß

Die politische Form für die ökonomische Befreiung des Proletariats muß die Emanzipation der *Klasse* betreiben. Die Partei, mögliche Form der Vermittlung von Theorie und Praxis, kann für dieses Ziel nur *Instrument* sein. Schon die Organisationsform des Proletariats im Kampf gegen den Kapitalismus muß sich vom Ziel einer assoziierten Produktionsweise her bestimmen. Sobald die Partei eine originäre Funktion gegenüber dem Proletariat bekommt, ist die Degeneration des Sozialismus zu einem etatistischen System gesetzt. Dessen Kritik ist eine Bedingung für die Konstitution der Neuen Linken, die sich vom Zentrum der Marxschen Theorie, der Ersetzung des Kapitalverhältnisses durch einen »Verein freier Menschen«, leiten läßt.

¹⁰⁶ Vgl. die Ansätze linker Gruppen in Prag, in: M. Borin / V. Plogen, Management und Selbstverwaltung in der CSSR, Berlin 1970, S. 106 ff. – Realpolitisch gesehen unterschätzten die Reformer die strategische Rolle der CSSR in der Konkurrenz der Weltsysteme, bezogen die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion, von denen man so oder so nicht abssehen konnte, nicht genügend in ihr Kalkül ein. Daß die Intervention vom 21. August 1968 nicht nur der außenpolitischen Absicherung des »sozialistischen Lagers« diente, sondern auch die innenpolitische Schutzfunktion gegen ein Übergreifen selbststätiger sozialistischer Organisationsformen auf die übrigen »sozialistischen Länder« hatte, zeigt die gegenwärtige Repressionsverfassung der CSSR, die sich z. B. im sogenannten Trotzkisten-Prozeß, im Zurückdrängen der Rehabilitierung von Personen, die stalinistischen Prozessen zum Opfer fielen, und in der rigorosen Ausschaltung kritischer sozialistischer Intelligenz aus dem öffentlichen Leben ausdrückt.